

Wasserstoffwirtschaft in Norddeutschland etablieren – Niedersachsens Stärken ausspielen!

Gemeinsamer Appell der niedersächsischen Sozialpartner, der Landesregierung und der demokratischen Fraktionen im Landtag

Die niedersächsische Landesregierung, die Fraktionen CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie die Sozialpartner sprechen sich gemeinsam für einen schnellstmöglichen Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft als einen zentralen Beitrag zu mehr Klimaschutz und Schaffung von zukunftsfähigen Arbeitsplätzen aus. Wir sind davon überzeugt, dass grüner Wasserstoff als Rohstoff denselben Stellenwert erhalten wird wie heute fossile Energieträger, und zentraler Baustein einer klimaneutralen Energieversorgung ist. Die Wasserstoffwirtschaft bildet das Fundament für eine moderne, klimaneutrale Industrie. Damit kann Niedersachsen einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt industrieller Wertschöpfung bei gleichzeitiger Einhaltung der Klimaziele leisten. Niedersachsen fällt als Land der Erneuerbaren Energien eine zentrale Rolle bei der Produktion und als Küstenland eine Schlüsselrolle bei dem Import von grünem Wasserstoff zu. Die Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung, gleichwohl kann das hiermit verbundene Engagement nur einen Anfang darstellen.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Niedersachsen seine Stärken in das Energiesystem der Zukunft einbringen kann. Wir halten dafür folgende Maßnahmen für zwingend:

- **Langfristige Planungssicherheit für Investitionen schaffen.** Die Novellierung des EnWG und EEG gilt es zu nutzen, um die Schlüsselrolle von grünem Wasserstoff für die kommenden Jahrzehnte zu fixieren. Dies schafft die notwendige Planungssicherheit im Markt, damit Wasserstoffprojekte mit hohen Investitionsbedarfen umgesetzt werden können.
- **Konsequenter Ausbau der Elektrolysekapazitäten.** In Regionen mit einem Überangebot an klimaneutral erzeugtem Strom sollten Elektrolysekapazitäten aufgebaut werden, um Strom nicht abzuregeln, sondern wertschaffend nutzbar zu machen. Auch Offshore-Windparks und ihre Anlandungspunkte an der Küste können als Standorte geeignet sein.
- **Infrastruktur frühzeitig bereitstellen.** Grüner Wasserstoff wird ein grundlegender Rohstoff für viele Industrien wie es Wasser oder Strom sind. Die dafür erforderliche Infrastruktur muss vom Staat durch geeignete Regulierung frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Hierzu gehören ausreichend Elektrolysekapazitäten, effiziente Transport- und Speicher-Infrastrukturen sowie der Aufbau geeigneter Import-Infrastrukturen in den norddeutschen Seehäfen.

- **Effiziente (Standard-) Genehmigungsverfahren entwickeln.** Die Nutzung von Wasserstoff für vielfältige neue Anwendungen ist oftmals Neuland für Wirtschaft und Genehmigungsbehörden. Es bedarf daher schon frühzeitig der Entwicklung von geeigneten (Standard-) Verfahren, damit Vorhaben schnellstmöglich umgesetzt werden können. Planungs- und Bauzeiten von mehreren Jahren müssen der Vergangenheit angehören.
- **Energieeffizienz voranbringen und reduzierten Energieverbrauch belohnen.** Das weltweite Angebot an grünem Wasserstoff wird in den nächsten Jahren noch unter der voraussichtlichen Nachfrage liegen. Die Anwendung von Wasserstoff sollte daher zunächst auf Bereiche konzentriert werden, die nicht elektrifizierbar sind, und mit einer deutschlandweiten Effizienzstrategie und einer damit verbundenen, deutlichen Absenkung des Energieverbrauchs einhergehen.
- **Wettbewerbsfähige Strompreise ermöglichen.** Grüner Wasserstoff konkurriert bei seiner Nutzung mit konventionell erzeugtem Wasserstoff. Um unter den aktuellen Rahmenbedingungen gleiche Wettbewerbsbedingungen zu erreichen, wäre ausweislich von Studien ein Preis für Strom, der zur Erzeugung von grünem Wasserstoff genutzt wird, in Höhe von 4 Cent pro KWh erforderlich. Staatlich induzierte Bestandteile sind die maßgeblichen Treiber für den Strompreis. Diese gilt es deutlich zu reduzieren.
- **Durch Blick auf die Wertschöpfungsketten Klimaschutz effizient machen.** Produkte, die am Anfang der Wertschöpfungskette stehen, haben größtmögliche Auswirkungen auf den Klimaschutz, weil diese in vielen Folgeprodukten verarbeitet werden. Gelingt es bspw. die Chemie- oder Stahlproduktion klimaneutral darzustellen, wird u.a. der gesamte Maschinenbau davon profitieren. Auf der Grundstoffindustrie sollte daher ein besonderer Fokus bei der Maßnahmenpriorisierung liegen. Eine solche Priorisierung dient insbesondere auch dem Zweck, den mittels Elektrolyse hergestellten grünen Wasserstoff dort einzusetzen, wo es volkswirtschaftlich am sinnvollsten ist.

Niedersachsen will das führende Land für grünen Wasserstoff werden. Wir haben in der Vergangenheit bereits innovative und wegweisende Projekte in Niedersachsen umgesetzt. Dieses Engagement werden wir nun gemeinsam verstetigen und verbreitern. Dazu werden wir Förderungen und Investitionen u. a. in Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Rahmenbedingungen intensivieren, um den Aufbau der niedersächsischen Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen. Mit einer geeigneten Regulierung und dem Aufbau einer entsprechenden Infrastruktur können wir jetzt, auf allen politischen Ebenen gemeinsam, Zeichen setzen, die Planungssicherheit und wirtschaftliche Tragfähigkeit von Investitionen in den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft signalisieren. In Niedersachsen gehen wir diesen Weg gemeinsam und beraten in einem regelmäßigen Austausch zentrale Schritte.

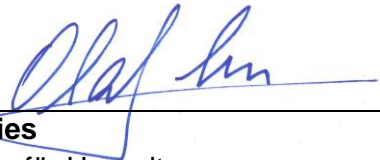
Sowohl die nationale als auch die europäische Wasserstoffstrategie bieten dafür gute Ansätze und untermauern eine Schlüsselrolle Niedersachsens. Wir appellieren daher an die

Bundesregierung, noch in dieser Legislatur die Weichen klar für eine breite Wasserstoffwirtschaft zu stellen. Die technische Machbarkeit ist bereits vielfach bewiesen. Neben den laufenden Pilotprojekten gilt es jetzt, eine zukunftsweisende Infrastruktur aufzubauen, Konzepte mit langfristiger Wirkung zu forcieren und einen Markt für grünen Wasserstoff zu schaffen.

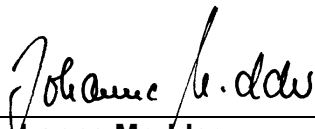
Die Zeit zu handeln ist jetzt!



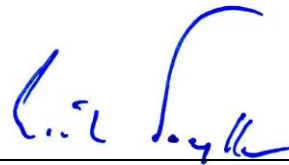
Dr. Bernd Althusmann
Minister für Wirtschaft,
Arbeit, Verkehr & Digitalisierung



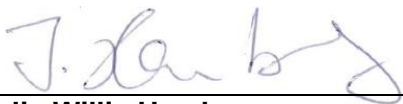
Olaf Lies
Minister für Umwelt,
Energie, Bauen & Klimaschutz




Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende SPD



Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender CDU



Julia Willie Hamburg
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Grüne



Dr. Stefan Birkner
Fraktionsvorsitzender FDP



Dr. Volker Müller
Hauptgeschäftsführer
Unternehmerverbände
Niedersachsen



Dr. Mehrdad Payandeh
Bezirksvorsitzender
Deutscher Gewerkschaftsbund



Dr. Jochen Wilkens
Hauptgeschäftsführer
VCI Nord



Ralf Becker
Landesbezirksleiter
IG BCE | Landesbezirk Nord